

# Jörg-Michael Bornemann

Dipl.- Sozialarbeiter

---

Zum Nixenteich 16  
D - 01328 Dresden

Telefon: 0351/460 50 48  
Fax: 0351/269 81 26  
ePost: [Post@Bornemann-Aktuell.de](mailto:Post@Bornemann-Aktuell.de)  
Internet: <https://Bornemann-Aktuell.de>

24.12.2020

Bornemann, Zum Nixenteich 16, 01328 Dresden

Herrn Intendant des DLF  
Stefan Raue  
Raderberggürtel 40  
**50968 Köln**

## **Sprachkultur des Deutschlandradios**

Sehr geehrter Herr Raue,

in der Regel sollte man sehr gute Gründe haben, sich direkt an den Intendanten einer doch sehr großen Sendeanstalt, wie es das Deutschlandradio mit seinen umfangreichen Programmangeboten ist, zu wenden.

Vorab möchte ich anmerken, daß ich mich bereits direkt an Journalisten beim DLF gewandt habe, allerdings keine plausiblen Antworten erhielt.

Bisher stand der Deutschlandfunk auf der obersten Stelle meiner persönlichen Informationsquelle. Ich schätzte die umfangreichen Informationen und hatte das Gefühl, daß die Informationen Ihres Senders gut recherchiert und seriös aufbereitet waren.

In den letzten Monaten hat sich aber eine erhebliche Veränderung – ich beziehe mich bei meinen Ausführungen ausschließlich auf den Deutschlandfunk – ergeben. Bereits im äußerlichen Stil, nämlich dem Umgang mit der deutschen Sprache durch Mitarbeiter Ihres Senders, zeigt sich auch die inhaltliche Veränderung der Ausrichtung des Senders, dessen Schwerpunkt – aus meiner Sicht – nicht mehr eine objektive Berichterstattung, sondern das Sprachrohr einer Regierung ist.

Wenn ich Ihrem Sender glauben darf, dann scheint die größte Opposition im Bundestag die FDP, gefolgt von den Grünen zu sein. Bei allen wichtigen Themen werden Interviews mit dem FDP-Vertreter Graf Lambsdorff im DLF durchgeführt. Die größte Oppositionspartei, nämlich die AfD wird in der Regel nur dann von Ihren Journalisten ausführlich erwähnt, wenn es um die Mitteilung von Problemen und Anwürfen in der Partei geht. Aber auch andere Bereiche der Information in Ihrem Sender lassen auf ein sehr eingeschränktes, aber doch sehr zielgerichtetes Bild der Berichterstattung schließen. So wird ausführlich über die Corona-Problematik berichtet, es erfolgt aber keine Information darüber, was mit dem Euro zurzeit geschieht. Wie die Entwicklung der Währung im Euroraum weiter geht, insbesondere unter dem Aspekt wie die Billionen Schulden jemals und insbesondere von wem bezahlt werden sollen.

Am sichtbarsten auch für Bürger, die nicht umfassend im politischen Geschehen informiert oder interessiert sind, ist jedoch die katastrophale Verunstaltung der deutschen Sprache durch Journalisten Ihres Senders. Überwiegend geht es hier um eine ideologische Zielrichtung, nämlich eine Umerziehung der Bürger, die sich die Genderideologie zu eigen machen müssen. Sie sollen endlich einsehen, daß die Familie, bestehend aus Mutter, Vater und Kindern nicht mehr gewollt ist, sondern der Staat (eigentlich bestimmte Parteien) zukünftig festlegt, was Familie sein soll. Sie müssen endlich begreifen, daß die Heterosexualität nur noch eine Variante von vielen anderen sexuellen Praktiken und Spielarten in unserer Gesellschaft sei.

So ganz nebenbei wird eine Sprachdiktation verwendet, die ein abstraktes Denken ausschaltet, weil durch die vorgegebene Normung der Begrifflichkeiten eine erhebliche Kanalisierung des Denkens vorgegeben wird. Im Übrigen wird durch eine solche Verballhornung der Sprache eine Aggression gefördert, weil sich die Bürger sprachlich regelrecht vergewaltigt fühlen müssen. Auf entsprechende Kritik an Ihre Journalisten, erfolgte bisher keine nachvollziehbare Reaktion.

Unter diesen Umständen stellt sich mittlerweile zurecht die Frage, inwieweit der öffentliche Rundfunk (hier schließe ich Ihre Kollegen vom Fernsehen mit ein) überhaupt noch notwendig ist und durch Rundfunkbeiträge, die letztlich eine Art von Steuern sind, von den Bürger bezahlt werden müssen. Nachdem der öffentlich-rechtliche Rundfunk gar nicht mehr objektiv und neutral informiert, ist es nicht einzusehen, daß die Bürger ihre eigene „Umerziehungsmaßnahme“ auch noch bezahlen sollen. Die Entscheidung in Sachsen-Anhalt im Zusammenhang mit der Verweigerung einer automatischen Zustimmung zur Rundfunkfinanzierung ist für mich sehr verständlich und wird von mir auch voll unterstützt.

Zurzeit bleibt einem nichts anderes übrig, als Sender, die nur agitieren abzuschalten. Es ist dann noch ärgerlicher, wenn die Rundfunkbeiträge vom Konto abgebucht werden.

Noch besteht ja die Hoffnung, daß auch der Deutschlandfunk von seinen Hörern erfährt, daß ein Umdenken des Senders notwendig ist, um vielleicht wieder das hohe Niveau früherer Zeiten zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörg-Michael Bornemann

Jörg-Michael Bornemann